

D1 Resolution: Der Kohlekompromiss kann nur ein Anfang sein – kein weiteres Dorf opfern – Strukturwandel zivilgesellschaftlich voranbringen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2019
Tagesordnungspunkt: Top 1 Grußworte und Formalia

Resolution: Der Kohlekompromiss kann nur ein Anfang sein – kein weiteres Dorf opfern – Strukturwandel zivilgesellschaftlich voranbringen

1 Nach Jahren des klimapolitischen Stillstands hat die Kohlekommission nun
2 Eckpunkte vorgelegt, mit denen Deutschland wieder auf den Pfad des Pariser
3 Klimaabkommens kommen kann. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die in der
4 Kommission vereinbarten Revisionsklauseln genutzt werden, um einen schnelleren
5 Ausstieg zu forcieren. Nach dem Bericht der Kohlekommission ist klar, dass uns
6 noch harte Kämpfe um die Ausgestaltung des Kohleausstiegs bevorstehen. Dennoch
7 sind die Eckpunkte ein wichtiges Signal, dass Deutschland als großes
8 Industrieland aus der Kohle aussteigt. Ohne den langjährigen Druck der Umwelt- &
9 Klimabewegung sowie von uns Bündnisgrünen wäre dies nicht möglich gewesen.

10 Nun müssen Bundesregierung und Landesregierungen die Empfehlungen der Kommission
11 zügig in Gesetzestexte gießen und umsetzen. Mit Blick auf die fortschreitende
12 Klimakrise sowie die Klimaziele ist klar, dass der Kohleausstieg in Deutschland
13 und Brandenburg deutlich früher abgeschlossen sein muss als 2038. Damit die in
14 der Kommission vereinbarten Revisionsklauseln nicht zur Senkung, sondern zur
15 Einhaltung der Klimaziele genutzt werden, braucht es deshalb weiterhin großen
16 Druck von Klimaschützer*innen. Denn die Brandenburger SPD steht nicht für mehr,
17 sondern weniger Klimaschutz: Nach wie vor kämpft sie für die Umsetzung des
18 sogenannten Revierkonzepts der LEAG, mit dem der Brandenburger Kohleausstieg in
19 die 2040er Jahre verschoben würde!

20 Für NRW hat die Kohlekommission zeitnahe Meilensteine empfohlen, u. a.
21 umfangreiche Kraftwerksabschaltungen bis 2022 und den Erhalt des Hambacher
22 Waldes. Für Brandenburg dagegen ist weiterhin offen, ob der Tagebau Welzow Süd
23 II noch kommt. Für die direkt und indirekt in der Kohle Beschäftigten gibt es
24 damit keine Planungssicherheit. Und auch die Einwohner*innen von Proschim wissen
25 weiterhin nicht, ob ihr Dorf abgebaggert wird. Verantwortlich dafür sind vor
26 allem Ministerpräsident Dietmar Woidke und sein Amtsvorgänger Matthias Platzeck.
27 Sie haben in der Kommission die Absage an den neuen Tagebau Welzow Süd II, und
28 damit auch ein klares Bekenntnis für den Erhalt Proschims, abgelehnt. Und das,
29 obwohl die SPD bereits vor vielen Jahren versprochen hatte, dass Horno das
30 letzte Dorf sei, welches aufgrund der Kohle verschwinde. Dass das
31 Kommissionsmitglied Hannelore Wodtke als Vertreterin der Welzower Tagebaurand-
32 Betroffenen das Kommissionsergebnis deshalb nicht mittragen konnte, ist für uns
33 Bündnisgrüne mehr als verständlich. Gemeinsam kämpfen wir weiter gegen den neuen
34 Tagebau und für den Erhalt Proschims! Auch die Verkleinerung von bestehenden
35 Tagebauen darf kein Tabu sein.

36 Neben dem Ausstieg aus der Kohleverstromung muss endlich der begleitende
37 Strukturwandel angepackt werden. Laut Kommission sollen dafür in den nächsten 20
38 Jahren 16 Milliarden Euro für die Lausitz bereitgestellt werden. Für uns steht
39 fest: Die Gelder können nur prozessbegleitend ausgereicht werden, wenn der
40 Kohleausstieg auch tatsächlich stattfindet! Sie müssen konkret dem
41 Strukturwandel zu Gute kommen und dürfen nicht als Entschädigungen an die
42 Braunkohle-Industrie fließen. Außerdem sprechen wir uns für eine deutlich
43 stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft aus: Zehn Prozent der Bundesmittel
44 sollen für zivilgesellschaftliche Projekte, soziales Unternehmertum, kulturelle
45 Projekte etc. verwendet werden.

46 Zu einem erfolgreichen Strukturwandel gehören für uns sowohl die Weiterbildung
47 der Beschäftigten, der Ausbau der Schieneninfrastruktur (etwa die
48 Elektrifizierung der Bahnstrecke Cottbus-Görlitz und der zweigleisige Ausbau der
49 Strecke Lübbenau-Cottbus), Investitionen in Zukunftstechnologien rund um
50 Digitalisierung und Energiewende sowie die Ansiedlung von
51 Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden. Wir drängen darauf, dass umgehend
52 geklärt wird, nach welchen Kriterien und über welche Verfahren entsprechende
53 Strukturwandelprojekte vom wem wo eingebracht werden können. Wir fordern einen
54 Staatsvertrag für die Lausitz! Der von der Landesregierung bereits vor Jahren
55 angekündigte Leitbildprozess muss endlich starten. Wir wollen eine gemeinsame
56 Vorstellung davon entwickeln, wohin es nach dem Kohleausstieg gehen soll und wie
57 das Selbstverständnis der Lausitz im Jahr 2050 aussehen könnte.

58 **Wer am 1. September 2019 in Brandenburg Bündnis 90/Die Grünen wählt, stimmt für**
59 **Klimaschutz und den schnellstmöglichen Kohleausstieg, gegen den Tagebau Welzow**
60 **Süd II und für den Erhalt Proschims. Wir kämpfen weiter für einen nachhaltigen,**
61 **mit den Menschen vor Ort gestalteten Strukturwandel in der Lausitz.**